

nicht in unzumutbarer Weise eingeschränkt werden.

Neben dem Schwerpunkt der Mitwirkung in der einzelnen Schule wird bei der gesetzlichen Regelung zu prüfen sein, in welcher Weise die Praxis der Schulaufsicht und der Landesexekutive durch eine Mitwirkung der beteiligten Gruppen noch verbessert werden kann. Ein zukünftiges Gesetz kann das gesteckte Ziel, mehr Demokratie zu verwirklichen, jedoch nur erreichen, wenn es in einfachen, überschaubaren Entscheidungsstrukturen praktikable Lösungen anbietet. Aus diesem Grunde wird die SPD-Fraktion bei der kommenden Gesetzesberatung dem Wunsch nach einer praktikablen Entscheidungsstruktur besondere Beachtung schenken. Wegen der Bedeutung dieser Gesetzesmaterie für jede einzelne Schule ziehen wir auch einen ausgereiften, mit den betroffenen Gruppen ausdiskutierten Entwurf einer schnellen Lösung vor.

F.D.P.: Praktikable Mitwirkungsrechte

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Jürgen Hinrichs:

Die F.D.P.-Fraktion hat bereits in der 7. Wahlperiode die grundlegenden Inhalte eines solchen Gesetzes erarbeitet und in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Erstes Ziel dabei ist es, die überholte Definition des Systems „Schule“ als einer „Anstalt“, deren Mitglieder in einem „besonderen Gewaltverhältnis“ stehen, abzulösen durch eine „demokratisch verfaßte Schule“. In einem demokratischen Staate ist es nicht länger tragbar, grundlegenden Erziehungsentscheidungen an den einzelnen Schulen den Anschein von Legitimation dadurch zu geben, daß Gremien mit Problemen befaßt werden, die selbst keine Entscheidungsmöglichkeit haben. Deshalb muß nach Auffassung der F.D.P. eine Regelung der Mitwirkung der am Schulleben Beteiligten folgende Mindestbedingungen erfüllen:

1. Mitentscheidungsrechte innerhalb der Schulen für alle Beteiligten: Schüler, Eltern, Lehrer;
2. grundsätzliche Schulöffentlichkeit aller Selbstverwaltungsgremien;
3. eigener Selbstverwaltungsbereich der Schülerschaft;
4. Koalitionsfreiheit für Schüler und Lehrer.

Trotz dieser notwendigen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten muß eine klare Gliederung der Verantwortlichkeit für Schulpolitik im Lande erhalten bleiben. Die Grundlagen der Schulpolitik bleiben nach der Verfassung dem Parlament vorbehalten und dürfen nicht der Interessenvertretung Betroffener anheimgegeben werden. Eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für die aktive Gestaltung des Mitwirkungsrechts von Schülern, Eltern und Lehrern an den Schulen unseres Landes wird eine einfache, leicht zu handhabende gesetzliche Grundlage sein. Die Zustände bei der Abstimmung über die Einführung der Fünftage-Woche an den Schulen NW haben deutlich gemacht, daß komplizierte und praxisfremde Regelungen nur schwer den Konsens für vernünftige schulpolitische Entscheidungen und für alle tragbaren Lösungen ermöglichen.

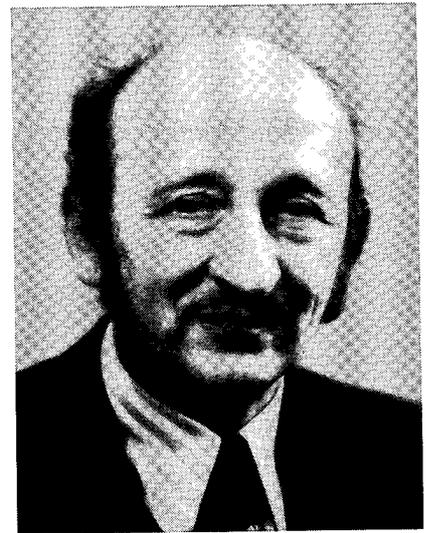
Porträt der Woche

Als Sohn eines Schneidermeisters im Zille-Hinterhaus-Milieu in Berlin-Charlottenburg aufgewachsen, wurden für Erich Kröhan (50) schon früh die Weichen seiner politischen Zukunft gestellt. Das soziale Elend der Arbeiter, ihre Ohnmacht vor dem Nazi-Regime und der Krieg bewogen den Siemens-Arbeiter mit seiner Frau, kurz nach dem Hochzeitstermin im Jahre 1947 der SPD und wenig später der IG Metall beizutreten.

In den Berliner Hinterhöfen, wo Generationen „nur im Schatten lebten“, wurde auch sein politisches Credo geboren: „Ich bin damals in die SPD eingetreten, weil sie für uns Arbeiter am meisten getan hat und vor allem aber am entschiedensten gegen den Krieg war.“ Seinem schon in Berliner Zeiten gefaßten Leitspruch ist sich der Vater eines Sohnes („ebenfalls SPD-Mitglied“) bis heute treu geblieben: „Lieber im zweiten Glied stehen und den Knopp auf, als vornean und bis obenhin zugeknöpft.“ Erich Kröhan liebt nicht den Aufwand, das große Zurschaustellen und Reden in der Öffentlichkeit, sondern „ich bin eher ein Mann der zweiten Reihe und schätze so etwas nicht“.

Verständlich deshalb, daß man den Landtagsabgeordneten, der bei der Wahl am 4. Mai für die Sozialdemokraten in seinem Mülheimer Stimmbezirk die Ja-Stimmen noch um einige Punkte auf 60,8 Prozent erhöhen konnte, nicht zu den in der Öffentlichkeit bekanntesten Politikern zählt. Für ihn, der seit Beginn der Wahlperiode auch dem Präsidium des Landtags angehört, heißt es vielmehr, die Kärner-Arbeit in den Ausschüssen zu leisten, die von den Wählern kaum wahrgenommen wird. Jetzt in den Ausschüssen für Verkehr und für Sport setzt der gelernte Maschinenschlosser das fort, womit er nach seiner Übersiedlung aus der ehemaligen Reichshauptstadt im Mülheimer Stadtrat begonnen hatte.

Bereits im Jahre 1956 widmete er sich als eines der jüngsten Ratsmitglieder den Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Sportfragen der Ruhr-



Erich Kröhan (SPD)

*gebietsstadt. Dies sind heute seine landespolitischen Schwerpunktbe-
reiche, in denen es „noch viel zu tun gibt“. Erich Kröhan betrachtet sich als entschiedener Verfechter des öffentlichen Nahverkehrs, dem auch weiterhin die erste Priorität beige-
messsen werden müsse. Was er an seiner politischen Tätigkeit heute vermißt, ist, „daß ich nach dem Inkompatibilitäts-Gesetz nicht mehr im öffentlichen Dienst tätig sein kann und nicht mehr wie bisher als technischer Angestellter bei der Stadt Duisburg Kontakt mit der Basis halten kann“.*

Dieses Manko versucht er jedoch durch seine Arbeit in der Bezirksvertretung und zahlreichen Verbänden wettzumachen. In den Mülheimer Sportverbänden ist er jedenfalls als „Basismitglied“ in seiner Freizeit ständig aktiv. Doch auch hier behält er Distanz zu denen, „die im Rampenlicht stehen“. „Zum bezahlten Fußball habe ich ein ausgesprochen gespanntes Verhältnis.“ Sportlich fair blickt er auch in die politische Zukunft. „Ich werde diese Periode voll zu Ende machen. Was dann passiert, weiß ich nicht, da die Jungen nachstoßen. Auf alle Fälle werde ich politisch aktiv bleiben.“

Aktivität schreibt Erich Kröhan auch in seiner Freizeit groß. Als ehemaliger „Laubenpieper“ (Kleingärtner) tankt er Frischluft und Fitness im heimischen Nutz- und Ziergarten. Dem „mittleren Einkommen“ des Familienvorstandes gemäß steuern die Kröhans mit einem Motorboot mittlerer Klasse über die Ruhr oder holländische Seen, „wenn die Politik das zuläßt“.

Martin O. Schmuck